

Bewerbung für CfP „Momentum-Konferenz“ 2008

Faire Preise für Strom und Gas!

Welche Chancen bietet der partizipative Eigenbetrieb?

Eine Fallstudie anhand der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam (Deutschland).

Beitrag für Netzwerk III (Track 8). „Öffentliches Eigentum und kommunale Verantwortung“

Autorenkollektiv Potsdam

Abstract

Die bisherige privatisierungskritische Forschung hat vor allem den Verkauf von öffentlichen Einrichtungen in den Fokus genommen. Vernachlässigt wurde hingegen, dass sich bereits mit der Organisationsprivatisierung – der Überführung von einer öffentlichen in eine privatrechtliche Rechtsform - die Spielregeln der lokalen Demokratie grundlegend ändern. Während die Kommunalverwaltung auf dem Prinzip der Transparenz und Öffentlichkeit beruht, ist der Grundsatz eines Unternehmens die Verschwiegenheit: Nur Ratsmitglieder mit Aufsichtsratsmandat haben Zugang zu den zentralen Informationen. Sie treffen die letzte Entscheidung über Preise und Tarife. Für den außenstehenden Bürger wird das Unternehmen gar zur *black box*. Denn die Möglichkeiten der Akteneinsicht, der Teilnahme an Sitzungen und andere Formen der Mitsprache, die während der Reform der Kommunalverfassungen in den 1990er Jahren in fast allen deutschen Bundesländern eingeführt wurden, existieren hier nicht mehr bzw. werden stark eingeschränkt. Auf Grund der stetig ansteigenden Zahl der Organisationsprivatisierungen sprechen wir von einer Gegentendenz zu einer Demokratisierung der Kommunen, die zu einer Oligarchisierung der lokalen Demokratie wesentlich beiträgt.

Mit diesem Kontrollverlust gehen ein Vertrauensverlust und damit eine Schwächung des öffentlichen Sektors einher. Dies gilt vor allem für die lukrativen Bereiche des Energie-, Wasser- und Wohnungssektors. Angesichts steigender Preise und Tarife verlangen die Bürger und Nutzer mehr Einsicht, gerade diese wird ihnen aber verwehrt, was dazu führt, dass sie sich von zeitweiligen Billigangeboten kommerzieller Anbieter und Marktgiganten abwerben lassen. So haben z.B. in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam (150.000 Einwohner), die im Mittelpunkt unserer Untersuchungen steht, innerhalb von 14 Monaten mehr als 10 Prozent der Nutzer den kommunalen Energieanbieter für solche Angebote verlassen. Eine unserer zentralen Aussagen ist von daher, dass im 21. Jahrhundert ein kommunales Unternehmen nicht mehr ohne die weitreichende Mitwirkung von Bürgern und Nutzern langfristig erfolgreich geführt werden kann. Wir behaupten, dass, wenn die Bürger wissen, wohin die Gewinne fließen und wenn sie deren Verwendung beeinflussen können, sie bereit sind, einen fairen Preis für die kommunalen Dienstleistungen zu zahlen. Denn kommunale Unternehmen müssen zum Teil ihre Überschüsse abführen, damit andere gemeinnützige Aufgaben finanziert werden können. Wir möchten mit unserem Beitrag eine Antwort auf die Frage bieten, wie kommunale Unternehmen Nutzer binden können, wenn ein weiteres Absenken der Preise aufgrund der gesellschaftspolitischen Rolle der Betriebe nicht möglich ist.

Um die Möglichkeit einer Demokratisierung kommunaler Unternehmen aufzuzeigen, haben wir für Potsdam ein Modell für eine weitreichende Mitbestimmung der Bürger und Nutzer entwickelt. Diese beinhaltet erstens die Rückumwandlung der privatrechtlichen Stadtwerke GmbH in einen Eigenbetrieb öffentlichen Rechts. Dies erscheint auf der einen Seite notwendig, da die private Rechtsform per se der Mitwirkung Dritter enge Grenzen setzt. Auf der anderen Seite hat der Eigenbetrieb gegenüber einer direkten Eingliederung in die Kernverwaltung den Vorteil, dass er eine betriebswirtschaftliche Unternehmensführung erlaubt, die ihn flexibel und konkurrenzfähig gegenüber privaten Anbietern hält. Zeitgleich mit der Transformation werden zweitens weitgehende Partizipationsinstrumente in die Geschäftsordnung des neu gegründeten Eigenbetriebes festgeschrieben. Vereinfacht gesagt, geht es darum, die bestehenden Mechanismen der kommunalen Bürgerbeteiligung auf den Betrieb zu übertragen. Konkret bedeutet dies: die Möglichkeit eines Nutzerreferendums zu den strategischen Fragen der Betriebspolitik; eine Bürgerjury, die über die Vergabe der Sponsorengelder entscheidet sowie einen Werksausschuss, in dem neben Parteien und Arbeitnehmern auch soziale Bewegungen und ökologische Gruppen vertreten sind.

Die Umsetzungsstrategie des Modells beruht auf dem Ansatz der Gegenmacht (*countervailing power*) und der Installierung einer Parallelgewalt, wie es im Community Development bereits erfolgreich praktiziert wurde. Dieses Vorgehen begründet sich darin, dass bis zum heutigen Zeitpunkt von Seiten der lokalen politischen Eliten mit einer Ablehnung zu rechnen ist, obwohl die städtischen Betriebe und ihre Preispolitik zunehmend in die Kritik geraten. Vor diesem Hintergrund könnte das neue Verfahren entweder mittels eines Bürgerbehrens/Bürgerentscheids, wozu es bereits Ansätze in der bayerischen Stadt Regensburg gibt, oder durch eine zu gründende Bürgeragentur erzwungen werden. Letzteres bedeutet den Zusammenschluss der Nutzer („Stromkunden“) mit dem Mandat unter Androhung des kollektiven Ausstiegs Druck hinsichtlich einer Öffnung des Unternehmens auszuüben. Dabei ist der Austritt nur als eine letzte und möglichst zeitbegrenzte Option zu verstehen. Uns geht es um eine Lösung jenseits von Staatsdirigismus und Marktliberalismus. Aus diesem Grund könnte die Bürgeragentur ergänzend Mandate ehemaliger Kunden sammeln, die bei einer Änderung der Unternehmenspolitik zurückkehren würden. Erste Erfahrungen wurden in Potsdam hierzu von der Kirche gesammelt, die für ca. 800 Mitglieder einen billigeren und ökologisch orientierten Preis verhandeln konnte.

Auf der theoretischen Ebene ordnen wir uns in die Linie der von Eric Olin Wright und Archong Fung an der Universität von Wisconsin (USA) initiierten „Real Utopia Projects“ ein: Eine Umsetzung unseres Vorschlags ist aus verfahrensorganisatorischer und juristischer Sicht möglich, wenn die Machtverhältnisse sich ändern. Wir grenzen uns damit von einem umfassenden Partizipationsanspruch ab, wie er noch von Pateman und anderen Autoren in den 1960er/70er Jahren gefordert wurde - es geht uns in diesem Fall nicht um Selbstverwaltung! Auf der anderen Seite reichen uns die Instrumente der Kundenbeteiligung (Kundenparlamente, Bürgerpanels etc.), wie sie vom New Public Management und von neoliberalen Akteuren propagiert werden, nicht, da sie rein konsultativ bleiben und kein *empowerment* beinhalten. Wir streben im Gegensatz dazu eine Delegation von Entscheidungskompetenz auf Bürger und Nutzer an. Somit stehen wir eher in der Tradition von Nicolas Poulantzas, der sich im Rahmen der *New Left* für eine Demokratisierung des

Staates ausgesprochen hat. Diese Idee wurde unlängst durch neue Formen der Bürgerbeteiligung (siehe Bürgerhaushalt von Porto Alegre) zuerst in Lateinamerika und dann in zunehmender Zahl von linken Kommunalregierungen in Europa aufgegriffen.

Als eine Konsequenz unserer Argumentation, dass mit jedem Schritt der Privatisierung ein Kontrollverlust einhergeht, sehen wir auch im „Gewährleistungsstaat“ keine Alternative. Es ist eine Illusion, zu denken, dass die Kommune durch die Festsetzung von Standards das Handeln der beauftragten Dienstleister tatsächlich steuern kann. Günstige Angebote können von ihnen unterbreitet werden, weil sie auf Kosten sozialer Gerechtigkeit (Bezahlung der Mitarbeiter) und der Ökologie gehen. Dem setzen wir den fairen, nachvollziehbaren und partizipativ beeinflussbaren Preis entgegen!

Vortragskonzept

Für unseren Vortrag auf der Momentum-Konferenz schlagen wir folgenden Aufbau vor:

1. Kontrollverlust durch Organisationsprivatisierung

Eine Fallanalyse der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam. Anhand einer „Leiter des Kontrollverlustes“ legen wir dar, wie sich in den letzten zehn Jahren durch umfangreiche Organisationsprivatisierungen die Einflussmöglichkeiten für Bürger und Politiker ohne Aufsichtsratsmandat verschlechtert haben und wie sich eine Entscheider-Oligarchie herausgebildet hat.

2. Darstellung des Modells des partizipativen Eigenbetriebes

Vorstellung der verschiedenen Beteiligungsinstrumente (Nutzer-Referendum, Sponsoring-Jury, pluraler Werksausschuss etc.) bis hin zur juristisch geprüften Geschäftsordnung.

3. Auseinandersetzung mit Transfermöglichkeiten

Dabei stehen unter anderem folgende Fragen zur Diskussion:

- Wie lässt sich die Partizipation auf andere GmbHs und andere Städte übertragen?
- Inwiefern können die Prinzipien der Partizipation auf die nationale und internationale Ebene übertragen werden.
- Wie lassen sich Instrumente der Gegenmacht und Parallelgewalt aufbauen?

Autorenkollektiv:

- Boede, Lutz: Aktivist und Geschäftsführer einer unabhängigen Wählergruppe
- Herzberg, Carsten: Doktorand der Politikwissenschaft am Centre Marc Bloch in Berlin, Aufsichtsrat der Potsdamer Stadtwerke GmbH
- Meyerhöfer, Wolfram: Professor der Mathematikdidaktik an der Freien Universität Berlin, Mitglied der Beirates „Potsdamer Mitte“
- Schliepe, Gregor: Rechtswissenschaftler, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Kontakt

Carsten Herzberg
Hermann-Elflein-Str. 7
14467 Potsdam, Deutschland

Mail: cherzberg@web.de, hca@cmb.hu-berlin.de
Tel: *49 (0)331 200 93 97
Mobil : *49 (0) 17667723668